

Parlamentarisches.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit.

Die Einberufung des Abgeordnetenhauses ist nunmehr endgültig festgestellt. Die erste Plenarsitzung nach den Osterferien wurde für Dienstag den 30. d. anberaumt. Mit nächster Woche beginnt eine erhöhte Ausschusstätigkeit, unter anderem wird der Wehrausschuß seine nächste Sitzung am Dienstag den 23. d. abhalten.

Was die Wiederaufnahme der Delegationsverhandlungen betrifft, so wird der Präsident der österreichischen Delegation Geheimer Rat Gaufer morgen eine Besprechung mit dem Obmann des Ausschusses für Aeußeres Dr. Baernreither haben, um über das Arbeitskalendarium der österreichischen Delegation zu beraten.

Die deutschnationale Partei und die Deutschnationale Vereinigung über den Rücktritt des Grafen Czernin.

In der heute unter Vorsitz des Abg. Dr. Sylvester abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der deutschnationalen Partei und der Deutschnationalen Vereinigung wurde allseitig das lebhafteste Bedauern über den Rücktritt des Ministers des Aeußeren Grafen Czernin ausgesprochen, um so mehr als bei seinem Scheiden aus dem Amte seine Haltung staatsfeindlichen Elementen gegenüber mitgewirkt zu haben scheint. Weiter wurde die Frage der Nachfolge in der Leitung des Ministeriums des Aeußeren in Erörterung gezogen und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß der kommende Minister des Aeußeren nicht nur die Richtlinien der äußeren Politik des Grafen Czernin einhalten, sondern auch die Rückwirkung der inneren Politik auf die äußere mit wachsamem Auge verfolgen werde.

Christlichsoziale Vereinigung.

Die in Wien weilenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter besprachen heute abend unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Landeshauptmann Gaufer die jüngsten politischen Vorgänge.

Der Vorsitzende berichtete zunächst über seine heutigen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und dem Minister des Aeußeren Grafen Czernin. Allgemein wurde in der anschließenden Erörterung dem tiefsten Bedauern über den möglichen Rücktritt des Grafen

Czernin Ausdruck gegeben. Wenn es auch für selbstverständlich erachtet wurde, daß in den Richtlinien unserer auswärtigen Politik, besonders im Bundesverhältnisse zu Deutschland keinerlei Aenderung erfolgen werde, so war man sich doch bewußt, daß dieser Wechsel die größten Schwierigkeiten hervorzurufen könne.